

HESSEN BRIEF

Kommunalpolitische Ideen- und Informationsbörse der KPV

Information:

Demographie- Trainings für
Kommunen

▶▶Seite 10

Bildung:

Seminar für Bürgermeister-
kandidaten

▶▶Seite 7

Beratung:

Juristische Gutachten

▶▶Seite 11

Wer Veränderung will, muss Dialogen Raum geben



Konferenz des KPV-Bildungswerkes für alle CDU-Fraktionsvorsitzende
am 25. Oktober 2008 ab 10:00 Uhr im Bürgerhaus Gießen-Wieseck



Liebe KPV-Freunde, liebe Hessenbrief-Leserinnen und -Leser,

die politische Lage in unserem schönen Bundesland ist nach wie vor alles andere als klar. Die SPD-Landesvorsitzende versucht immer noch, ihr gebrochenes Wahlversprechen in die Tat umzusetzen und sich von der Linkspartei zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen. Daran wird wohl auch der chaotische Wechsel an der SPD-Spitze in Berlin nichts ändern können. Für die Union insgesamt und in Hessen kommt es jetzt darauf an, klug zu operieren und in den kommenden Wochen „auf Sicht zu fahren“. In diesem Zusammenhang mache ich auf die Broschüre zum Thema Linkspartei der CDU-Fraktion im hessischen Landtag aufmerksam, die wir Ihnen in diesem Hessenbrief vorstellen.

Die aktuelle Ausgabe unserer Ideenbörse ist durch das Motto „Dialog“ geprägt. Mehr denn je ist gerade jetzt ein intensiver Gedankenaustausch zwischen kommunaler und Landesebene notwendig. Das KPV-Bildungswerk bietet dazu verschiedene Plattformen an. So haben wir nach der Sommerpause eine Konferenz für Landräte und Oberbürgermeister, eine für Bürgermeister und eine für die Fraktionsvorsitzenden der Kreise und kreisfreien Städte durchgeführt. Neben der Gesprächsmöglichkeit mit dem Kabinett, das jeweils sehr gut vertreten war, haben wir mit externen Experten wie z.B. vom Institut tns infratest oder dem difu über verschiedene kommunalrelevante Themen diskutiert. Die Präsenz der kommunalen Wahlbeamten hätte teilweise besser sein können. Hier gilt der Titel der aktuellen Ausgabe: „Wer Veränderungen will, muss Dialograum geben.“

Gut ausgebildete Kommunalpolitiker sind das Ziel von KPV-Bildungswerk und Hessischer Akademie für politische Bildung. Einer der zentralsten kommunalen Herausforderungen für die kommenden Jahre und Jahrzehnte ist der demographische Wandel. Die in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung angebotenen Seminare stoßen hessenweit auf eine gute Akzeptanz. Die Teilnehmer berichten ausnahmslos von der guten Anwendbarkeit des Erlernten in der politischen Praxis vor Ort. Das liegt nicht zuletzt daran, dass der „Erfinder“ der Seminare, Dr. Winfried Kösters, Politik nicht nur aus der Theorie, sondern auch aus der Praxis, er ist Kreistagsmitglied, kennt. Lesen Sie seine Erfahrungen mit hessischen Kommunen auf Seite 9.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

Lutz Klein

Vorsitzender KPV IBB e.V.

Inhalt
Ausgabe 3/2008

Direktwahlen in Hessen 2008	3
Bürgermeisterkonferenz	4
Landräte und Oberbürgermeisterkonferenz	5
Interkommunale Zusammenarbeit: eine echte Chance für hessische Kommunalpolitiker	6
Seminar für Bürgermeisterkandidaten	7
KPV gegen Linksruck	8
DIE LINKE	
Nicht auf dem Boden der Verfassung	9
Demographie-Trainings für Kommunen	10
Juristische Gutachten	11
Aus dem Land	12
Beispielhafte Initiativen	13
Lesenswerte Internetseiten	14
Buchbesprechung	15

Die KPV gratuliert

Direktwahlen in Hessen 2008

17.08.2008

Schaafheim / Landkreis Darmstadt-Dieburg



Der CDU-Politiker Reinhold Hehmann bleibt Bürgermeister von Schaafheim. Bei der Wahl am 17.08.2008 erhielt der 54-Jährige 69,6 Prozent der Stimmen

und tritt damit seine dritte Amtsperiode an. Die Wahlbeteiligung lag bei 60,7 Prozent; in der Gemeinde waren rund 7000 Bürger zur Wahl aufgerufen. In der Gemeindevertretung ist die CDU mit 14 Sitzen stärkste Kraft, die SPD hat 11 Sitze, die Freien Wähler haben 6 Sitze.

31.08.2008

Reichelsheim / Odenwaldkreis



Stefan Lopinsky siegte mit 61,2 Prozent gegen Jürgen Martini. Die Bürger der südhessischen Odenwaldgemeinde Reichelsheim waren zum zweiten Mal aufgerufen, in

einer Stichwahl ihren neuen Bürgermeister zu wählen. Nach 18 Jahren gibt der Sozialdemokrat Gerd Lode sein Amt im Dezember an seinen Nachfolger ab, und der heißt Stefan Lopinsky. Das Wahlergebnis schreibt ihm 61,2 Prozent (2666 Stimmen) zu, während sein Mitbewerber Jürgen Martini mit 1693 Stimmen 38,8 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung betrug 63,3 Prozent. Stefan Lopinsky ist für die Fraktionsgemeinschaft der Reichelsheimer Wähler-Gemeinschaft (RWG) und CDU ins Rennen um das Bürgermeisteramt gegangen.

31.08.2008

Liederbach / Main-Taunus-Kreis



Peter Söllner und Uwe Müller hatten schon das richtige Näschen: Auf 35 und 40 Prozent Beteiligung bei der Bürgermeisterwahl hatten ihr Ehemann und der CDU-Frak-

tionskollege von Eva Söllner getippt. Am Ende wurden es 38,7 Prozent von 6214 Wahlberechtigten – deutlich mehr, als mancher erwartet hatte, da die Fraktionschefin der Union, Eva Söllner, die einzige Kandidatin war. Die Beteiligung war sogar höher als bei der Landratswahl 2005 (34,2 Prozent). Insgesamt 2030 Liederbacher haben der CDU-Frau ihre Stimme gegeben, das sind 86,7 Prozent. Ihr Vorgänger Gerhard Lehner geht am 1. Januar 2009 nach fast 30 Dienstjahren in den Ruhestand.

07.09.2008

Fürth / Bergstraße



Gemeindevertreter Volker Oehlenschläger erhielt bei der Direktwahl 54,8 Prozent der gültigen Stimmen, wie der amtierende Rathauschef Gottfried Schneider mitteilte, der nach zwei Amts-

perioden nicht mehr kandidiert hatte. Für Oehlenschlägers Herausforderer Werner Zeiß (parteilos), der von SPD, Grünen und Freien Wählern unterstützt wurde, stimmten rund 500 Bürger weniger. Die Wahlbeteiligung lag bei 60,2 Prozent. 8300 Menschen waren zur Stimmabgabe aufgerufen. In der Gemeindevertretung hat die CDU mit 16 Vertretern die meisten Sitze.

14.09.2008

Hofgeismar / Landkreis Kassel



Heinrich Sattler wurde mit 69,8 Prozent der Stimmen in seine dritte Amtszeit gewählt. Heinrich Sattler hat in den letzten 12 Jahren viele Erfolge für Hofgeismar erzielt, bei-

spielhaft zu nennen ist der Busbahnhof am Anger, das Bad am Park, Gewerbeansiedlungen und somit die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen sowie die Ausweisung von Neubaugebieten.

14.09.2008

Nüsttal / Landkreis Fulda



Hermann Trabert ist bereits seit Januar 1997 Bürgermeister in Nüsttal und wurde nun mit 81,3 Prozent der Stimmen in seine dritte Amtszeit gewählt. Im Gemeindeparlament ist die CDU mit 10 Sit-

zen, die CWE mit 3 und die SPD mit 2 Sitzen vertreten.

Impressum

Herausgeber:
KPV Informations-, Bildungs- und Beratungswerk e.V.
Frankfurter Straße 6
65189 Wiesbaden
www.kpv-ibb.de

Redaktion:
Alexander Zell, Geschäftsführer (V.i.S.d.P.)
Stefan Spallek
Frankfurter Straße 6
65189 Wiesbaden
Tel.: (0611) 1665-519
Fax: (0611) 1665-482

Gestaltung:
brandung3
Müggelseedamm 70
12587 Berlin

Bildnachweis:
www.Fotolia.de (S.13)

Bürgermeisterkonferenz - Die Fäden des Dialogs nicht abreißen lassen

Wie auch die Landräte- und Oberbürgermeisterkonferenz ist auch die Bürgermeisterkonferenz des KPV-Bildungswerkes mittlerweile fester Bestandteil der kommunalen Kalender. Der Erfahrungsaustausch ist dabei vor allem für die neuen Kolleginnen und Kollegen extrem wichtig. Wer hat die gleichen Probleme wie gelöst? Worauf muss ich bei bestimmten Herausforderungen achten? Neben dem bilateralen Austausch ist für das KPV-Bildungswerk aber auch ein Ziel, neue und spannende Themen zu diskutieren. Im letzten Jahr stand der „Demographische Wandel“ auf der Tagesordnung der Bürgermeister. Mittlerweile haben in einigen Städten die von der Hessischen Akademie angebotenen Demographietrainings erfolgreich stattgefunden (s. S. 10).



Ingo Leven vom Institut Infratest Sozialforschung in München stellte Folgerungen aus der Shell-Studie für die kommunalen Entscheider vor.

In diesem Jahr referierte Ingo Leven vom Institut Infratest Sozialforschung aus München zum Thema „Shell-Jugendstudie: Auswirkungen auf das kommunale Leben“. Obwohl die Veröffentlichung dieser Studie bereits über ein Jahr alt ist, gibt es gerade für die Kommunen viele interessante Erkenntnisse für die Arbeit mit Jugendlichen vor Ort. Das Interesse an Politik ist trotz eines leichten Anstieges im Vergleich zur letzten Shell Jugendstudie weiterhin niedrig ausgeprägt. Die für Jugendliche im Alter von 15 und 24 Jahren vorliegende Zeitreihe belegt, dass der Anteil der politisch Interessierten von 55 % im Jahre 1984 bzw. 57 % im Jahr 1991 auf inzwischen 39 % gesunken ist. Im Unterschied zum »Main-Stream« reklamieren immerhin mehr als zwei Drittel der Studierenden sowie



Im Dialog mit den Bürgermeistern: Generalsekretär Michael Boddenberg, Ministerpräsident Roland Koch und Gastgeber Lutz Klein, Vorsitzender KPV-Bildungswerk (v.l.n.r.).

ebenfalls ein signifikant höherer Anteil der Schüler aus der gymnasialen Oberstufe für sich ein Interesse an Politik. Nicht verändert hat sich die politische Positionierung. Jugendliche ordnen sich im Durchschnitt leicht links von der Mitte ein. Dem politischen Extremismus wird dabei eine klare Absage erteilt. Die eindeutige Mehrheit der Jugendlichen hält die Demokratie in Deutschland für eine gute Staatsform. Das Vertrauen der Jugendlichen in die gesellschaftlichen Institutionen und Akteure bestätigt das bisher dargestellte Bild. Erhöhtes Vertrauen genießen solche staatlichen Institutionen, die als parteiunabhängig angesehen werden, wie die Justiz und Polizei. Das geringste Vertrauen wird dagegen den politischen Parteien entgegengebracht. Trotz dieser durchaus distanzierten Haltung von größeren Teilen der Jugendlichen zur Politik und zu den gesellschaftlichen Verhältnissen ist bei der überwältigenden Mehrheit ein klarer Konsens mit



Frankenbergs Bürgermeister Christian Engelhardt berichtete über die Demographie-Trainings.



Paul Weimann, Bürgermeister in Oestrich-Winkel, hat bereits einen doppischen Haushalt.

den Normen unseres demokratischen Systems feststellbar. Die grundlegenden »Spielregeln« der Demokratie (z. B. Meinungsfreiheit/freie Meinungsäußerung, Regierung und Opposition, Kompromissfähigkeit, freie Wahlen) sind von den Jugendlichen in Ost und West anerkannt und unumstritten.



Nutzen die Konferenz für einen bilateralen Austausch: Bürgermeisterin Lucia Puttrich und CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Christean Wagner.

Landräte- und Oberbürgermeisterkonferenz



Seit vielen Jahren ist die Landräte- und Oberbürgermeisterkonferenz in Hessen ein fester Bestandteil der Jahresplanung von Landesregierung und kommunalen Wahlbeamten. In diesem Jahr haben mehr als 40 Minister, Staatssekretäre, Abgeordnete, Landräte und Oberbürgermeister die Gelegenheit genutzt sich auszutauschen.

Ministerpräsident Roland Koch berichtete traditionsgemäß zu Beginn über die Arbeit der Landesregierung seit Beginn der Legislaturperiode am 5. April. Trotz fehlender parlamentarischer Mehrheit bleibt das Land nicht stehen und die Regierung nicht untätig. Entscheidungen werden getroffen, Lösungskonzepte entwickelt und umgesetzt sowie neue Projekte wie z.B. beim Thema Nachhaltigkeit in Angriff genommen. Auch beim Thema Bildung bleibt die Landesregierung nicht untätig. So nutzt Kultusminister Jürgen Banzer zahlreiche Gelegenheiten in Schulen seine neuen Pläne

vorzustellen. Mit 2.800 zu besetzenden Stellen im Schuljahr 2008/09 gibt es den höchsten Personalbedarf seit dem Schuljahr 2000/01. Da die traditionellen Bewerbungswege über die Landesrangliste komplett ausgeschöpft waren, hat Banzer eine neue Werbekampagne entwickelt: „Lehrer-nach-hessen.de“. Der Erfolg kann sich wahrlich sehen lassen. Die Staatlichen Schulämter hätten 98,2 Prozent der Stellen unmittelbar zum Schuljahresbeginn besetzen können. Nach der Erprobungsphase werde der Bildungs- und Erziehungsplans von 0-10, mit dem Hessen bundesweit Vorreiter sei, nun schrittweise landesweit in Kindertagesstätten, Kindergärten und Grundschulen umgesetzt. Ziel sei eine bessere Zusammenarbeit der Einrichtungen und eine bessere Förderung der Kinder, ergänzte Sozialministerin Silke Lautenschläger. „Kindergärten und Grundschulen haben zwar unterschiedliche Schwerpunkte, aber sie beide wollen Jungen und Mädchen bestmöglich begleiten und in ihrer Entwicklung unterstützen. Der Bil-

dings- und Erziehungsplan als pädagogische und konzeptionelle Klammer hat sich in der Erprobungsphase als gutes Instrument der Weiterentwicklung (früh-) kindliche Förderung erwiesen“, sagten die beiden Minister abschließend. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter

www.sozialministerium.hessen.de und www.kultusministerium.hessen.de



Diskutierten mit den Landräten und Oberbürgermeistern: Innenminister Volker Bouffier und Wirtschaftsminister Dr. Alois Rhiel (v.l.n.r.).



Die Landesregierung zu Gast bei der KPV.

Interkommunale Zusammenarbeit - eine echte Chance für hessische Kommunalpolitiker

von Konrad Dörner, Rechtsanwalt und Stadtrat a.D.



Wer als engagierter Kommunalpolitiker wünscht sich nicht, dass sein Vorschlag auf Verbesserung der Lebensqualität vor Ort wie eine hochwertige Jazzreihe an attraktiven Platz am Sonntagmorgen oder ein buntes Festival der Kulturen am Wochenende trotz knapper Kassen ohne Diskussion vom Parlament angenommen und sofort umgesetzt wird? Es wäre zu schön, um wahr zu sein!!! Häufig ist das Gegenteil der Fall.

Vorschläge und Anträge jedweder Art zur Verschönerung des Stadtbildes oder für interessante Veranstaltungen, eben das, was Lebensqualität wirklich ausmacht, werden mit dem Hinweis auf mangelnde Finanzierbarkeit schulterzuckend abgelehnt. Und das, obwohl dem Antragsteller aufgrund des guten Vorschlages parteiübergreifend Lob und Anerkennung zugesprochen wird. Manchmal, denkt der Ideengeber frustriert, ist Kommunalpolitik einfach zum Verzweifeln. Diese und ähnliche Fälle müssen nicht sein. Initiatoren und Ideengeber erhalten die Chance, ihre Vorschläge zum Wohle der Menschen in ihrer Kommune indirekt finanzieren zu können. Zusätzlich zu den

Einsparinstrumenten Kosten- und Zinsmanagement, drastischen Sparmaßnahmen, Aufgabe kommunaler Infrastruktur, Verkauf von kommunalem Eigentum und Public Private Partnership bietet die Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) die herausragende Möglichkeit, gebundene kommunale Finanzmittel frei zu machen und für andere Projekte einzusetzen, ohne die kommunalen Leistungen in Quantität und Qualität zu reduzieren.

Im Wege der Interkommunalen Zusammenarbeit lassen sich gleiche Aufgabebereiche von Kommunen zusammenlegen. Damit können u.a. Synergieeffekte genutzt, die Qualität der Aufgabenerfüllung gesteigert, Führungsstrukturen verschlankt und nicht zuletzt die Haushaltslagen verbessert werden. Die Interkommunale Zusammenarbeit ist keine neue Strategie, sondern gehört seit jeher zum Wesen kommunaler Selbstverwaltung. Modelle bisheriger Interkommunaler Zusammenarbeit bestehen insbesondere im Abwasserbereich und der Bewirtschaftung von Flussläufen, wurde teilweise in diesen und anderen Gebieten gesetzlich verordnet, erfolgte somit nicht nur auf freiwilliger Basis. Für die Verwirklichung der Interkommunalen Zusammenarbeit steht eine Vielzahl von rechtlichen Optionen zur Verfügung: Neben der formlosen Zusammenarbeit z.B. informelle Abstimmung wie Informations- oder Meinungsaustausch kommunaler Akteure, stellt das Allgemeine Verwaltungsrecht den öffentlich-rechtlichen Vertrag, das Gesetz über die Kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG), die Arbeitsgemeinschaft oder den Zweckverband sowie die GmbH oder die AG zur Gestaltung zur Verfügung. Inzwischen gibt es in Hessen sehr erfolgreiche Modelle Interkommunaler Zusammenarbeit, wie den Zweckverband Schwalm-Eder-West im Bereich Personalverwaltung, zentraler Einkauf, Kassengeschäfte, Finanz- und Steuerverwaltung, Bauhöfe und EDV; wie die IKZ Usingen-Neu-Anspach im

Bereich des Ordnungsamtes, der Stadtkasse und des Steueramtes; wie der IKZ Fulda-Brück-Söhrwald-Guxhagen-Köhrle im Bereich der Personalabrechnung; wie der IKZ Immenhausen-Espenau im Bereich Bauhof, Fuhrpark und Straßenbeleuchtung oder der IKZ von 15 Kommunen in Waldeck-Frankenberg mit der Wartung, Prüfung, Pflege und Reparatur von feuerwehrtechnischen Geräten. Diese und andere Beispiele haben gezeigt, wie sich partnerschaftliches Zusammenwirken von Kommunen im Einsparen von Steuergeldern positiv auswirken kann. Dabei gibt es noch eine Fülle zusätzlicher Aktivitätsfelder wie sämtliche Sparten des Abfallbereichs, die Standesämter oder die Bürgerbüros etc.. Wichtig ist, dass die ausgearbeiteten Lösungen immer maßgeschneidert sind, weil die Ausgangslage in den betroffenen Kommunen in der Regel unterschiedlich ist. Die Hessische Landesregierung hat sich die Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit groß auf die Fahne geschrieben. Mit der seit 01.08.2008 in Kraft getretenen „Rahmenvereinbarung zur Förderung der Bildung von gemeinsamen kommunalen Dienstleistungszentren“ (RV 2008) als Nachfolgeprogramm der RV 2004, nach der 16 Projekte von Interkommunaler Zusammenarbeit seit 2004 mit jeweils 75.000 Euro gefördert wurden, wurden unter anderem der Förderungskreis auf Kommunen bis 30.000 Einwohner, die Fördersumme auf 100.000 Euro und die zu fördernden Aufgabebereiche wesentlich erweitert. Es gibt folglich einen finanziellen Anreiz des Landes Hessen, mit Hilfe von Interkommunaler Zusammenarbeit die eigenen Vorstellungen auf Sonntagmorgenjazz oder eines Kulturfestivals trotz knapper Kassen im Heimatort Wirklichkeit werden zu lassen. Was will man mehr und Worauf warten Sie noch?

Bürgermeisterwahl: Kampf um jede Stimme

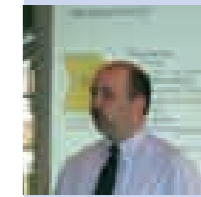
Landauf landab hängt das Wohl der Gemeinde von der erfolgreichen Arbeit ihres Bürgermeisters ab. Seit Jahrhunderten ist der Bürgermeister die „Leitfigur“ einer Gemeinde. Gleichzeitig hat sich das Bild vom Anforderungsprofil des Bürgermeisters verändert. Er soll einerseits eine leistungsfähige, wirtschaftlich orientierte Verwaltung führen, andererseits im sozialen Bereich ausgewogen, kulant und bürgerorientiert sein.

Auch wenn es wie eine Binsenweisheit erscheint, so muss es dennoch betont werden: Wer nicht gewinnen will oder nicht an seinen Sieg glaubt, der kann den Wähler nicht oder nur schwer von der Ernsthaftigkeit seiner Kandidatur überzeugen und folglich den Sieg über seine(n) Konkurrenten nicht erringen. Für Amtsinhaber wie Herausforderer gilt gleichermaßen: Sie müssen sich von Anfang an unzweideutig und ohne „doppelten Boden“ zu ihrer Kandidatur bekennen. Wähler suchen Führungspersönlichkeiten, denen sie die Zukunft ihrer Gemeinde voll Vertrauen in die Hände legen können, weil diese Zuversicht und Selbstsicherheit ausstrahlen. Kandidaten/Parteiverbände, die dagegen bereits eigene Zweifel an ihrem Führungsanspruch aufkommen lassen, können diese Sehnsucht nicht erfüllen. Stattdessen haben vielmehr diejenigen Kandidaten gute Chancen gewählt zu werden, die sich zu ihrer Kandidatur selbstbewusst bekennen und den Wählern signalisieren, dass um ihre, das heißt um jede einzelne Stimme kämpfen wollen. Diese Einstellung verkörpert wie kaum ein anderer Michael Hofnagel, Bürgermeister aus Taunusstein. Die Seminarteilnehmer spürten bei ihm den

festen Willen zum Sieg verbunden mit der Beharrlichkeit, um jede Stimme zu kämpfen. Neben diesen entscheidenden persönlichen Einstellungen kommen natürlich auch handwerkliche Kriterien zu einer erfolgreichen Direktwahl hinzu. Das beinhaltet sowohl die Strategie bzw. Gesamtkonzeption einer Wahlkampagne als auch die Wahlwerbung. Unmittelbare Erfahrungen aus vielen Wahlkämpfen auf verschiedenen Ebenen brachten die Wahlkampfexperten Siegbert Seitz und Helmut Hehn ein. Seitz kennt dabei viele Facetten auch aus unterschiedlichen Perspektiven. Als Landesgeschäftsführer der CDU Hessen hat er sich ebenfalls intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt wie als selbständiger Berater und Analyst. Mit seinem einführenden Beitrag legte er den Grundstein für den Erfolg des Seminars, bei dessen zwei Durchgängen insgesamt 40 Direktwahlkandidaten und Mitglieder von Wahlkampfteams teilnahmen. Aus deren Rückmeldungen wird deutlich, wie wichtig eine gründliche Analyse und strategische Vorbereitung für jeden Wahlkampf ist. Ähnlich sieht es bei der Wahlwerbung aus, dem Spezialgebiet von Helmut Hehn. Kandidaten/Parteien muss es mehr denn je gelingen, sich mit ihrer Werbung gegen eine Unzahl anderer Werbebotschaften durchzusetzen. Allein in der letzten Woche vor der Wahl, in der sich Analysen zufolge rund 30 Prozent aller Wähler erst entscheiden, kann es entscheidend sein, wie hoch die Aufmerksamkeitsstärke ausfällt. Entscheidend dafür, ob Wahlwerbung beachtet wird, ist in erster Linie der Werbedruck. Studien belegen, dass Parteien umso mehr Aufmerksamkeit bei den Wählern erzielen, je mehr Werbemittel sie insgesamt einsetzen. Der „Sichtbarkeitsvor-



Siegbert Seitz, früherer CDU-Landesgeschäftsführer und heute selbständiger Berater ist Experte für Wahlkampfstrategie und Wahlkampfkampagnen.



Helmut Hehn: „Nur wenn die Wahlwerbung als glaubwürdig empfunden wird, wirkt sie sich zugunsten des Kandidaten aus“.



Michael Hofnagel, Bürgermeister aus Taunusstein hat sowohl einen Angriffs- als auch einen Verteidigungswahlkampf erfolgreich geführt.

sprung“ muss sich im Verlauf der Kampagne vergrößern. Einen positiven Einfluss auf die Bewertung der politischen Akteure hat Wahlwerbung allerdings nur, wenn die Wähler sie als glaubwürdig und interessant einstufen. Ausschlaggebend für die Bewertung der Wahlwerbung ist der Gesamteindruck. In der entscheidenden Phase eines Wahlkampfes muss diese optimistisch sein. Ein negativer Tenor, das belegt die Analyse der BTW 2002 stimmt die Wähler weniger zuversichtlich im Hinblick auf die Problemlösungskompetenz des Kandidaten. KPVGeschäftsführer Alexander Zell, selbst viele Jahre als Pressesprecher in Politik und Wirtschaft tätig, verwies in seinem Part auf die Bedeutung von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Politische Akteure gewinnen ihren Einfluss heute vor allem durch kommunikative Qualitäten. Sie sind daher mehr denn je auf das professionelle Kommunikationsmanagement politischer Public Relations (Öffentlichkeitsarbeit) angewiesen. Politische Öffentlichkeitsarbeit ist also ein zentraler Mechanismus bei der Herstellung, Durchsetzung und Begründung von Politik, da sie an der Schnittstelle zwischen Politik und Medien agiert. Außerdem hilft eine professionelle PR bei der medialen Inszenierung eines Kandidaten. Der Wahlkampf verspricht dann erfolgreich zu sein, wenn er die oben beschriebenen Grundsätze berücksichtigt und dann in einem zweiten Schritt möglichst detailliert auf die konkrete Situation vor Ort angepasst wird.



Insgesamt 40 Teilnehmer waren auch in diesem Jahr wieder hoch zufrieden mit der Praxisrelevanz des KPVG-Seminars.

KPV gegen Linksruck



Die SPD setzt ihren ungeheuerlichen Wortbruch in die Tat um. Wie die Spitzenkandidatin in einer Pressekonferenz am 4. März zugegeben hat, will sie ihr Versprechen, nicht mit der Linkspartei zusammenzuarbeiten, brechen. Lange hat die mediale Öffentlichkeit der CDU eine „Verteufelung“ der ehemaligen SED vorgeworfen. Nach und nach wird allerdings auch in den Medien deutlich, welche Folgen eine Duldung durch Kommunisten und Sozialisten für das Bundesland Hessen aber auch für Deutschland insgesamt mit sich bringt. Die Redaktion des HESSEN BRIEF hat in diesem Zusammenhang den Vorsitzenden der kommunalpolitischen Vereinigung, den Frankfurter Stadtkämmerer Uwe Becker, zu den Einzelheiten befragt.

HESSEN BRIEF: Die hessische SPD hat sich entschlossen, sich von Linken ins Amt wählen zu lassen, unabhängig von der personellen Neuausrichtung in Berlin. Wie beurteilen Sie diese Entscheidung?

Becker: Verschiedene Umfragen zu diesem Thema zeigen eines ganz deutlich: Die Bürgerinnen und Bürger in Hessen wollen diese Entwicklung nicht. So haben z.B. in einer dimap-Umfrage knapp Dreiviertel sich dagegen ausgesprochen, dass die SPD sich mit Stim-

men der Linken in die Regierung wählen lässt. Dass die Sozialdemokraten diese „rote Karte“ ignorieren, zeigt ihre politische Verantwortungslosigkeit. Allem Anschein nach soll gemäß dem Motto „koste es, was es wolle“ der Machthunger einiger Sozialdemokraten gestillt werden. Das schadet dem Ansehen der Politiker und der Politik gleichermaßen. Die CDU-Landesregierung hat dagegen seit April gezeigt, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst ist und z.B. in der Schulpolitik dazugelernt hat und trotz der schwierigen politischen Verhältnisse in der Lage ist, unser Bundesland kompetent zu führen.

HESSEN BRIEF: Die Spitzenfunktionäre der Linkspartei versuchen ein Bild ihrer Partei zu skizzieren, das sie zwar weit links im politischen Parteienspektrum ansiedelt, aber dennoch auf dem Boden der Verfassung und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sehen Sie das auch so?

Becker: Nein. Ich halte das für eine dramatische Fehleinschätzung. Schauen wir uns doch einmal die Programmatik der Linkspartei genauer an. Dort wird von einer deutlichen Verringerung der Einkommens- und Vermögensunterschiede gesprochen. Der Weg dorthin führt über Enteignung und Verstaatlichung von Privateigentum. Im Gründungsdokument der Partei DIE LINKE von 2007 steht: „Wir streben die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über alle Formen von Wirtschaftsmacht an“. Ein weiterer Dreh- und Angelpunkt des Programms der SED-Nachfolgepartei ist der Gedanke des Systemumsturzes. Lothar Bisky hat auf dem Parteitag 2007 wörtlich gesagt: „Wir stellen die Systemfrage“. Da wird das kommunistische Gesicht eines Großteils dieser Menschen sichtbar. Sie stehen mit ihrer Politik nicht auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern im Gegenteil: sie will diese überwinden. Ich bin deshalb der hessischen CDU-Fraktion dankbar, dass sie in einer sehr detaillierten Darstellung viele Fakten über die Linkspartei zusammengestellt hat. (s. Seite 9, Anm. d. Redaktion)

HESSEN BRIEF: Die Linke fordert seit Mitte August ein staatliches Beschäftigungsprogramm, um 25.000 neue Jobs zu schaffen. Was halten Sie davon?

Becker: Ich halte das für nicht sozial gerecht und völlig unsinnig. Wenn das Land 25.000 Jobs finanzieren würde, müsste es rund 636 Millionen Euro zusätzlich in den Etat aufnehmen. Das entspricht ungefähr der Höhe des gesamten Sozial Etats. Von einem ausgeglichenen Haushalt 2011, wie ihn selbst die SPD propagiert, wären wir dann weit entfernt. Wenn das die zentrale arbeitsmarktpolitische Lösungsstrategie der Linkspartei wäre, bedeutet das für knapp 200.000 arbeitssuchende Menschen in Hessen, die nicht in das Programm fallen, ein Schlag ins Gesicht. Wir setzen mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens auf eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik und eine gerechte Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitssuchende individuell fördert. Sozial ist was Arbeit schafft, nicht die Finanzierung dauerhafter Abhängigkeit.

HESSEN BRIEF: Welche Auswirkungen auf Hessen hat denn das rot-rot-grüne Bündnis noch?

Becker: Gerade für die Region Frankfurt/Rhein-Main, den Wirtschaftsmotor Hessens, ist eine Regierung, die auf die Gnade der Linken angewiesen ist, in höchstem Maße schädlich. Der Wirtschaftsstandort Frankfurt/Rhein-Main braucht auch in der Zukunft eine Landesregierung, mit der die Kommunen im Ballungsraum verlässlich zusammenarbeiten können. Was sich nun aber in Wiesbaden zusammenbraut, gefährdet die weitere Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt. Eine unberechenbare Wirtschaftspolitik, eine unsolide Haushaltspolitik, die Entschuldung propagiert und Neuverschuldung produziert und das Beil an der Flughafenentwicklung in Frankfurt und Kassel sind zu erwarten, wenn Andrea Ypsilanti tatsächlich Ministerpräsidentin von Linken Gnaden wird.

DIE LINKE – Nicht auf dem Boden der Verfassung

Vor dem Hintergrund der stetigen Diskussion um das Erstarken der Linkspartei in Deutschland hat die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag eine „Analyse und Dokumentation zur Partei DIE LINKE“ herausgegeben. Ziel dieser Ausarbeitung ist es, den programmatischen Kern der LINKEN hervorzuheben, der all zu oft im medialen Umgang um die Wahlerfolge, Führungspersonen und Namensänderungen dieser Partei in den Hintergrund gerät.

In dieser Ausarbeitung werden diejenigen ausführlich widerlegt, die der Öffentlichkeit glaubhaft machen wollen, bei der Linkspartei handle es sich doch mittlerweile um ein „normale Partei“. DIE LINKE sei eine politische Alternative links der SPD, die zwar weit reichende Forderungen stelle, aber dennoch im deutschen Rechtsstaat verankert sei. Dass es sich dabei um einen gefährliche Fehleinschätzung handelt, belegt die detaillierte Analyse der CDU-Fraktion. Eine zentrale Stellung in der Programmatik der Linkspartei, nimmt die Frage nach den „Macht- und Eigentumsverhältnissen“ ein. Ziel der LINKEN ist es, eine materielle Gleichheit zu schaffen. Sie geben offen zu, dass sie dieses Ziel durch Enteignung und Verstaatlichung von Privateigentum erreichen möchten. „Unser Fernziel ist, Konzerne wie Daimler-Chrysler, BMW und Großbanken wie die Deutsche Bank zu vergesellschaften.“ (Berliner Zeitung, 14.06.2001). Hier knüpft DIE LINKE direkt an die gescheiterte Planwirtschaft der DDR an. In alter DDR-Manier fordert sie: „Die Wirtschaft muss mit Hilfe eines... staatlichen Rahmens...nachhaltig in zukunftsweisende Bahnen gelenkt werden“ (Grundsatzprogramm der PDS, 2003). Auf ihrem geplanten Weg der Enteignung und Verstaatlichung macht DIE LINKE auch vor der Medien- und Presse-landschaft keinen Halt. So schrieb Oskar Lafontaine: „Die Überführung der Privatsender in öffentlich-rechtliche Träger-schaften wäre mein Herzenswunsch“ (Junge Welt, 15.11.2005). Außerdem geht aus der Programmatik der Partei DIE LINKE deutlich hervor, dass sie auf den Systemumsturz ausgerichtet ist. Dies ver-

tritt DIE LINKE ohne Scheu in der Öffentlichkeit: „Wer mir sagt, das Staatswesen der Bundesrepublik gehöre abgeschafft, dem sage ich... Er hat Recht“ (Antenne Mecklenburg-Vorpommern, 19.06.1994) Zudem sagte Lothar Bisky auf einem Parteitag im Jahr 2007: „Wir stellen die Systemfrage! Für alle ... noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der EX-SED und auch die neue Partei DIE LINKE – stellen die Systemfrage.“ Hier zeigt sich der kommunistische Kern der Linkspartei in aller Offenheit. Es wird deutlich, dass DIE LINKE in Opposition zur deutschen Verfassung, dem Grundgesetz steht. Sie steht „nicht auf dem Boden der Verfassung“, titelt die Analyse der CDU-Fraktion richtig. „Der politische Übergang zur klassenlosen Gesellschaft ... kann vielfältige Formen annehmen. Er muss sich nicht unbedingt gewaltsam vollziehen“ (Kommunistische Plattform in der PDS, Februar 1994).

Während DIE LINKE inhaltlich an die SED anknüpft, hat diese juristisch nie aufgehört zu existieren. Das Amtsgericht Berlin-Charlottenburg bestätigt, dass sich die SED nach der Wiedervereinigung nicht etwa aufgelöst hat, sondern lediglich ihren Namen geändert hat. Daran hat sich bis heute nichts geändert. „Die Partei gab sich zunächst den Namen ‚SED/PDS‘ und nannte sich seit Februar 1990 ‚Partei des demokratischen Sozialismus‘ (PDS). Seit dem 17. Juli 2005 führt die Partei den Namen ‚Die Linkspartei‘...“ Mit der Gründung der Linkspartei am 16. Juni 2007 als Zusammenschluss aus Linkspartei.PDS und WASG ist es das insgesamt vierte Mal, dass sich die Nachfolger der SED einen neuen Namen gegeben haben. Nicht nur die kommunistische Programmatik hat DIE LINKE von der SED übernommen. Auch personell knüpft DIE LINKE oftmals nahtlos an die SED an. Angefangen bei Gregor Gysi, dem letzten Vorsitzenden der SED. Dieser war, so stellte der Bundestagsausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung fest, zwischen „1975 und 1989 in verschiedenen Erfassungsverhältnissen bei dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) aktiv.“ Doch auch Willi van Ooyen,

der Fraktionsvorsitzende der hessischen LINKEN, stand als Bundesgeschäftsführer der kommunistischen Deutschen Friedenunion (DFU) auf der Gehaltsliste der DDR. So gab er 1989 zu: „Durch die Entwicklung in der DDR ist eine entscheidende Finanzquelle überraschend versiegt.“

Abschließend lässt sich festhalten, dass sich DIE LINKE seit der Wiedervereinigung Deutschlands einzig und allein hinsichtlich ihres Namens gewandelt hat. Doch jeder formaljuristischen Wandlung zum Trotz, von der SED über die PDS, über Die Linkspartei.PDS bis hin zu DIE LINKE: ihre Ziele blieben konstant. Die Programmatik der LINKEN ist nach wie vor auf Systemumsturz ausgerichtet. DIE LINKE will die parlamentarische Demokratie, sowie die soziale Marktwirtschaft überwinden und durch einen sozialistischen Bevormundungsstaat ersetzen.

Die Broschüre „Nicht auf dem Boden der Verfassung! Eine Analyse und Dokumentation zur Partei DIE LINKE“ mit allen oben verwendeten Quellenangaben ist über die Pressestelle der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag abrufbar.

Telefon: 0611 350 527 oder 544

Email: presse-cdu@ltg.hessen.de

Eine Analyse und Dokumentation zur Partei „DIE LINKE“

„Nicht auf dem Boden der Verfassung“

Den demographischen Wandel vor Ort gestalten

Kommunale Prozesse mit Politik, Verwaltung und Bürgern anstoßen

Von Dr. Winfried Kösters



Ein Schlagwort macht die Runde: Demographischer Wandel. Die meisten Menschen haben es bereits so häufig wahrgenommen, dass nahezu jeder glaubt, er wisse, was damit gemeint sei. Doch die Erfahrung vieler Demographie-Trainings in den hessischen Kommunen belegt: Kaum jemand ist sich über die Vielschichtigkeit und die tiefgehende Nachhaltigkeit dieses gesellschaftlichen Wandels tatsächlich klar.

Dabei wissen wir: Jede zweite Kommune wird in wenigen Jahren deutlich weniger Einwohner haben. Die Folgen werden in erster Linie die kommunale Daseinsfür- und -vorsorge betreffen. Doch darüber hinaus verschieben sich die Gewichte zwischen den Generationen irreversibel. Deutschland wird immer weniger Kinder haben, gleichzeitig aber immer mehr ältere Menschen – ein Zug, der praktisch nicht aufzuhalten, nur noch „abzumildern“ ist. Und das setzt bereits aktives (kommunal-)politisches Handeln voraus. Doch was die meisten kommunalpolitischen Entscheider in Politik und Verwaltung überhaupt nicht auf ihrer Agenda haben, ist die immer „buntere“ Zusammensetzung der Bevölkerung: Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wird nachhaltig zunehmen. Die Erfahrung der ersten Trainings belegt immer wieder die Überraschung der kommunalpolitisch Verantwortlichen über die Komplexität des Themas. Auch Bürgermeister und Landräte zeigen sich nicht selten erstaunt darüber, dass sie noch etwas hinzulernen konnten. Dabei erweist sich die Querschnittsorientierung dieses Themas als besondere Herausforderung, denn der demographische Wandel betrifft nicht nur jeden Menschen persönlich, sondern auch jedes Politikfeld und jede Branche. Nahezu alles wird sich verändern. Die Herausforderungen lauten daher zum einen, den demo-

graphischen Wandel als neue soziale Realität zu akzeptieren und zur Grundlage aller künftiger Entscheidungen zu machen. Zum zweiten gilt es aber, ein gutes Klima zwischen den Generationen zu schaffen, denn im Jahre 2020 liegt die strukturelle Mehrheit bei jeder Wahl bei den Menschen über 50 Jahre. Familien mit Kindern gehören dann zur Minderheit. Schließlich bleibt als dritte Herausforderung, das Klima zwischen den Kulturen nachhaltig zu verbessern. Im Jahre 2050 wird die Mehrheit der Generation unter 50 Jahre einen Migrationshintergrund haben. Doch wie mache ich das? Wie orientiere ich die kommunale Politik an den Herausforderungen der sich demographisch nachhaltig veränderten Zukunft? Wie verändere ich mein Denken in Maßnahmen in ein ziel- und nachhaltig lösungsorientiertes Denken, zumal hier Weichen gestellt werden, die Legislaturperioden übergreifend wirken? Wie nehme ich die Bürgerschaft mit, die durch die bisherige politische Rhetorik bis heute nur unzureichend auf diesen Wandel eingestellt ist?

Die Erfahrung der von der Bertelsmann Stiftung entwickelten Demographie-Trainings zeigt, dass sie den kommunalpolitischen Entscheidern aus Politik (fraktionsübergreifend) und Verwaltung dabei aktiv unterstützen, diese Fragen mit ersten Antworten zu versehen. Die Bedeutung des Themas für die eigene Kommune wird erkannt, so dass die ersten Schritte gemeinsam entwickelt und gegangen werden können. Bisher trug jedes Training dazu bei, abschließend eine gemeinsam getragene Agenda zu entwickeln. Das Training gliedert sich in drei Module. Das erste Modul will für die nachhaltige Bedeutung dieses Themas sensibilisieren. Ziel ist, dass jeder Teilnehmende spürt, dass hier die Folie beschrieben wird, die sich schon heute über jedes Politikfeld legt, ohne die keine zukunftsorientierte Entscheidung mehr getroffen werden darf. Das zweite Modul weist nach, dass jedes politische

Handlungsfeld betroffen ist und vor Umbrüchen steht. Was heißt es zum Beispiel, wenn Kinder zur Mangelware werden und wir es uns nicht mehr erlauben können, auf ein Kind zu verzichten. Können wir uns dann den Luxus erlauben, weiterhin jährlich 80.000 Kinder ohne qualifizierten Schulabschluss auf die Straße zu lassen? Dieses Thema wird keine Kommune nur mit Politik und Verwaltung – seien sie auch noch so engagiert – stemmen können. Jede Kommune braucht ihre Bürger als Partner im zu gestaltenden Prozess. Wie aus den kommunalen Akteuren Verbündete in der Sache geschmiedet werden können, ist ebenfalls Ziel dieses zweiten Moduls. Das dritte Modul möchte anregen, den demographischen Wandel als strategische Chance für einen innovativen Politikprozess zu begreifen. Es gilt darüber nachzudenken, wie man sich die Zukunft in der eigenen Stadt vorstellt. Was ist die Vision, das Leitbild für 2020 oder 2030. Denn Ziele geben die Richtung vor, in der die Menschen marschieren können und wollen, wenn sie denn gemeinsam entwickelt worden sind. Wer weitere Erfahrungen aus den Kommunen selbst hören möchte, der möge die Bürgermeister der Kommunen Frankenberg, Kaufungen, Nidda, Schlitz oder Rimbach anrufen.

Dr. Winfried Kösters, Politikwissenschaftler, Buchautor und Projektentwickler der Bertelsmann-Stiftung sowie Trainer der Hessischen Akademie für politische Bildung.



KPV-Service

Juristische Gutachten

Wie weit geht das Fragerecht von Gemeindevertretern bzw. die Auskunftspflicht des Magistrats, wenn es um Angelegenheiten städtischer Gesellschaften geht?

Das Frage- und Auskunftsrecht der Gemeindevertretung und eines einzelnen Gemeindevertreters ergibt sich aus § 50 Abs.2 Satz 4 HGO zu den Tagesordnungspunkten in den Sitzungen der Gemeindevertretung. Wird eine solche Frage zu einem zu verhandelnden Tagesordnungspunkt gestellt, dann hat der Gemeindevorstand Auskunft über Angelegenheiten der Gemeinde zu erteilen. Die Angelegenheiten einer städtischen Gesellschaft sind grundsätzlich keine Angelegenheit der Gemeinde. In aller Deutlichkeit regelt jedoch für städtische Aktiengesellschaften § 116 Satz 3 Aktiengesetz diese Frage. Nach § 116 Satz 3 des Aktiengesetzes haben die Aufsichtsratsmitglieder einer Aktiengesellschaft insbesondere eine Verschwiegenheitspflicht über erhaltene vertrauliche Berichte und Beratungen. Das Gleiche gilt für Aufsichtsratsmitglieder einer städtischen GmbH, wenn nach dem Gesellschaftsvertrag ein Aufsichtsrat zu bestellen ist. Dann gilt nämlich der § 116 Satz 3 des Aktiengesetzes entsprechend, also das Aufsichtsratsmitglied (z.B. Bürgermeister) ist der Verschwiegenheitspflicht unterworfen (§ 52 Abs. 1 GmbHG). Wenn also das dem Magistrat angehörige Aufsichtsratsmitglied schon zur Verschwiegenheit verpflichtet ist, so ist es auch der Magistrat als Ganzes. Nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtes Regensburg, Urteil vom 2.2.2005 – 3 K 04.01408 – LKV 2005 S. 365 ff, gilt die Verschwiegenheitspflicht nicht unbeschränkt. Die öffentliche Pflichtenbindung bei Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge kann die Verschwiegenheitspflicht der kommunalen Aufsichtsratsmitglieder einschränken.



Ist die Festsetzung bzw. Änderung von Richtlinien zur Vergabe von städtischen Grundstücken in Neubaugebieten und zur Förderungen der städtischen Vereine (Sportförderrichtlinien) eine ausschließliche Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 51 Nr. 1 HGO?

Nach § 51 Nr. 1 HGO ist es alleiniges Recht der Stadtverordnetenversammlung, die allgemeinen Grundsätze, nach denen die Verwaltung geführt werden soll, zu bestimmen. Ist jedoch dem Magistrat das Recht eingeräumt, im Rahmen gewisser Höchstgrenzen selbst zu entscheiden und Grundstücke zu vergeben, darf in diese Kompetenz durch die Stadtverordnetenversammlung nicht eingegriffen werden. (Bennemann in Kommentar zur HGO, § 51 Erl. 2.1). Dies bedeutet, dass die Stadtverordnetenversammlung sehr wohl die alleinige Zuständigkeit besitzt, wenn es um die Vergabe von Grundstücken geht, Richtlinien zu erlassen, solange sie nicht in den Zuständigkeitsbereich des Magistrats eingreifen (z.B. gem. Hauptsatzung). Auch der Erlass von Sportförderrichtlinien gehört grundsätzlich in den Kompetenzbereich

der Stadtverordnetenversammlung. Die Fraktion kann die Einhaltung dieser Kompetenzfragen fordern, denn sie nimmt hier Überwachungsaufgaben der Gemeindevertretung gemäß § 50 Abs. 2 Satz 1 HGO wahr. Allerdings setzt dies einen Beschluss der Gemeindevertretung voraus, um darzulegen, dass die Gemeindevertretung in ihrem Recht auf ausschließliche Zuständigkeit gemäß § 51 HGO betroffen ist. Wenn die Fraktion die Mehrheit für diesen Beschluss nicht besitzt, kann sie dieses Recht nicht geltend machen. Nach meiner Auffassung hat ein einzelnes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung nicht ein persönliches Recht auf Verwirklichung der ausschließlichen Zuständigkeiten nach § 51 HGO, sondern nur die Gemeindevertretung in ihrer Gesamtheit. Sollte also die Parlamentsmehrheit einen solchen Antrag ablehnen, dann gibt es meines Erachtens keinen Anspruch auf Einhaltung der Zuständigkeitsvorschrift des § 51 HGO, denn dies ist kein persönliches Recht eines einzelnen Stadtverordneten oder einer Fraktion. Sie haben meines Erachtens auch kein einklagbares Recht darauf, dass sie vor dem Verwaltungsgericht geltend machen könnten.

Hintergrund

Juristische Gutachten

Als Mitglied im KPV Bildungswerk e.V. erhalten die Fraktionen kostenlose juristische Stellungnahmen unseres Gutachters Dr. Norbert Rücker.

Bei Anfragen wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle unter Telefon 0611/1665-519 oder Fax 0611/1665-482.



Innenminister Volker Bouffier:

Startschuss für Aufbau des Digitalfunknetzes in Hessen



Der Aufbau des Digitalfunknetzes in Hessen und die Beschaffung der erforderlichen neuen Funkgeräte läuft an. Das digitale Funknetz wird das bisher genutzte Analognetz bei Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst ablösen. „Bundesweit wird ein einheitliches Digitalfunknetz aufgebaut. Damit wird künftig der Sprech- und Datenfunkverkehr in digitaler Qualität über Länder- und Behörden-grenzen hinweg gewährleistet“, erläuterte Innenminister Volker Bouffier. „Neben dem Bau neuer Basisstationen, für die momentan geeignete Standorte angemietet werden, ist auch eine Ausstattung mit neuen Funkgeräten notwendig. Daher werden wir jetzt im Herbst den Startschuss für die europaweite Ausschreibung der Funkgeräte für das Land Hessen geben“, so Bouffier. Die Ausstattung der Polizei und des Katastrophenschutzes wird das Land Hessen gewährleisten, wäh-

rend die in kommunaler Verantwortung stehenden Feuerwehren von den Städten und Gemeinden ausgestattet werden. „Wir lassen die Kommunen bei der Finanzierung der Funkgeräte für die Feuerwehren natürlich nicht allein. Das Land Hessen wird grundsätzlich 30 Prozent der Kosten für die Beschaffung der neuen Funkgeräte übernehmen“, betonte der Minister. Zudem profitieren die Kommunen von deutlich günstigeren Einkaufspreisen, da sie die Geräte im Rahmen einer Einkaufskooperation mit dem Land Hessen beschaffen können. „Der Digitalfunk ist funktechnisch der Schritt in eine neue Ära. Nicht nur die deutlich verbesserte Sprach- und Empfangsqualität wird für sich sprechen. Die technischen Lösungen, die für die Abhörsicherheit und die Verschlüsselung gefunden wurden, sind im internationalen Vergleich führend“, so der Minister abschließend.

Petra Müller-Klepper:

Arbeitsvermittlung braucht verlässliche Rahmenbedingungen



Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag hat Bundesarbeitsminister Scholz (SPD) aufgefordert, zügig die Weichen für die Neuorganisation der Betreuung der Langzeitarbeitslosen zu stellen und hierbei die Arbeitsgemeinschaften (ARGen) ebenso wie die Optionskommunen verfassungsrechtlich abzusichern. „Hessen macht jetzt mit einem Gesetzentwurf Dampf und gibt einen wichtigen Impuls, damit die Neuordnung der Jobcenter vorankommt. Die kommunale Ebene braucht endlich Rechtsklarheit und Planungssicherheit, damit sie ihr erfolgreiches Wirken in der Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitslosen dauerhaft fortsetzen kann“, erklärte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin, Petra Müller-Klepper. Der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 2007, eine verfassungsconforme Lösung zu finden, könne durch eine Grundgesetzänderung erfüllt werden. Auf diesen

Weg haben sich die Arbeits- und Sozialminister der Bundesländer im Juli geeinigt. „Durch die vorgestellte Grundgesetzänderung können für Optionskommunen und ARGen schnell verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.“ „SPD-Bundesarbeitsminister Scholz verfügt mit der hessischen Initiative nun über eine Anleitung, mit der er die Beschlüsse der Arbeitsministerkonferenz schnell umsetzen kann. Die rechtliche Verankerung der Optionskommunen ohne Festschreibung einer Höchstgrenze spielt dabei neben der Absicherung der ARGen eine entscheidende Rolle. Der Wettbewerb bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen dient den Menschen, die bereits über einen längeren Zeitraum vergeblich Arbeit gesucht haben, aber auch der Gesellschaft, die von Beitragssenkungen zur Arbeitslosenversicherung auf Grund eingesparter Sozialausgaben profitiert“, erläuterte die Sozialpolitikerin.

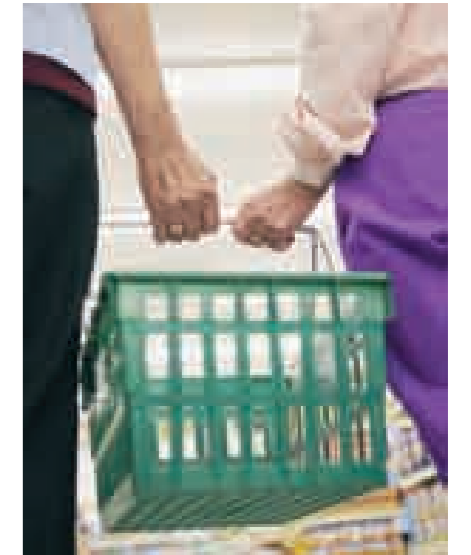
Kampagne

„Seniorenfreundliches Einkaufen“

Die Gemeinde wird beauftragt, gemeinsam mit dem Seniorenrat der Stadt/des Landkreises (Name Gemeinde/Landkreis) eine Kampagne „Seniorenfreundliches Einkaufen in (Name Gemeinde/Landkreis)“ zu starten. Im Zuge dieser Kampagne könnte der Seniorenrat Kriterien entwickeln, die aus Sicht der älteren Generation zweckmäßig sind, um älteren Menschen den Einkauf zu erleichtern. Unternehmen, deren Einrichtung und Angebot sich an diesen Kriterien orientieren, sollen mit einem vom Kreis gemeinsam mit dem Seniorenrat zu vergebenden Logo ausgezeichnet werden und in Seniorenwegweisern und einschlägigen Publikationen für Seniorinnen und Senioren als „Seniorenfreundliche Geschäfte“ ausgezeichnet werden. Begründung: Seniorenfreundlichkeit ist gerade angesichts der demo-

graphischen Entwicklung ein immer wichtigeres Anliegen der Kreispolitik. Ein wichtiger Aspekt ist dabei nicht zuletzt, den Einkauf der Dinge des täglichen Bedarfs möglichst einfach und unkompliziert zu gestalten. Es ist zu erheben, welche Anforderungen aus Sicht von Senioren gestellt werden, um bequem und komplikationslos einkaufen zu können und von daher den Unternehmen Empfehlungen zur seniorenfreundlichen Gestaltung ihres Betriebes zu machen. Denkbare Anliegen von Senioren wären beispielsweise Sitzmöglichkeiten, um während des Einkaufes pausieren zu können, gute Lesbarkeit der Preis- und Angebotsauschilderung, einfache Begehrbarkeit der Auslagen, auch mit Hilfsmitteln wie z.B. Rollatoren, zureichendes Angebot an Beratungs- und Informationsmöglichkeiten und vieles mehr. Viele dieser Maßnahmen sind für die

Unternehmen nicht einmal besonders kostenintensiv, sondern erfordern nur eine verstärkte Sensibilität für die Zielgruppe Senioren.



CDU-Kreistagsfraktion:

Butterweck und Schäfer sprechen sich für Bündelung der Kräfte von Wirtschaftsförderung und Tourismus aus



Der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion, Dr. Christoph Butterweck, hat sich erneut für eine Bündelung der Kräfte auf Kreisebene bei den Politikfeldern Wirtschaftsförderung und Tourismus ausgesprochen. Fritz Schäfer, zuständig in der CDU-Kreistagsfraktion für die Verzahnung von Tourismus und Natur, sprach sich ebenso nachdrücklich für eine Zusammenlegung von kreisweiter Tourismusführung und Wirtschaftsförderungsge-

sellschaft aus. „Wir müssen unsere Probleme hier vor Ort lösen. Es bringt deshalb überhaupt nichts, wenn man sich über wenig Besucher im Landkreis beschwert. Ebenso wenig bringt es was, auf die Hessenagentur zu schießen und dieser die Verantwortung für heimische Politik zu übertragen. Wir brauchen eine gemeinsame Ausrichtung aller touristischen Einrichtungen in Waldeck-Frankenberg.“ Butterweck: „Wenn es eine Tirolcard gibt, wenn es eine Allgäucard gibt und wir dann noch nicht einmal in der Lage sind, einen gemeinsamen Auftritt hinzubekommen, wird dies dem Landkreis als Ferienregion nicht gerecht.“ Schäfer plädiert dafür,

die Mittelzentren Bad Arolsen und Bad Wildungen als Gesundheits- und Wellness-Zentren, Bad Arolsen zudem als Kulturstadt sowie Korbach und Frankenberg als Standorte des Tagestourismus zu vermarkten. Der Tourismus stellt nun mal in Waldeck-Frankenberg einen solch wirtschaftlichen Schwerpunkt dar, dass dieser mit der Wirtschaftsförderung gemeinsam gesehen werden kann und muss.



Lesenswerte Internetseiten

www.gesund-in-hessen.info

Dieses Portal ist ein Kooperationsprojekt der Träger des öffentlichen Gesundheitswesens in Hessen unter der Federführung des Hessischen Sozialministeriums. In Zusammenarbeit mit den gesetzlichen Krankenkassen, den Landesvertretungen der Ärzte, den Trägern der Krankenhäuser, der Apothekerkammer und den Vertretern von Selbsthilfeeinrichtungen ist ein Informationsangebot für alle Bürgerinnen und Bürger in Hessen und auch darüber hinaus zum Thema Gesundheit entstanden.

Das Angebot soll vor allem helfen, wichtige und ausgesuchte Gesundheitsinformationen für ratsuchende Bürgerinnen und Bürger zu vermitteln. Qualität geht vor Quantität – in diesem Sinne werden alle Informationen abgewogen, nach Aktualität sortiert und hinsichtlich ihrer Empfehlungen geprüft.

Neben allgemeinen Gesundheitstipps wird eine regional sortierte Arzt-, Apotheken- und Krankenhaus-Suche angeboten (Links auf die entsprechenden Seiten der Partner).

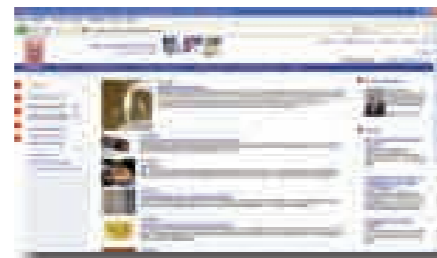
Daneben sind die Adressen relevanter Stellen des öffentlichen Gesundheitswesens, der Krankenkassen, der Selbsthilfeeinrichtungen und anderer Organisationen eingestellt.

Ein „Erste-Hilfe-Koffer“ und die Suche nach Notfallapotheken soll in dringenden Fällen direkt weiterhelfen. Weiterführende Links verweisen auf empfohlene Angebote der Kooperationspartner oder auch anderer wichtiger Stellen des Gesundheitswesens.



www.verbraucherfenster.hessen.de

Mit einem Klick auf dieses Internetportal der Hessischen Landesregierung zum Verbraucherschutz stehen Ihnen umfassende verbraucherrelevante Informationen zur Verfügung. Unter dem Motto „Informiert ist geschützt“ finden Sie hier Antworten auf Ernährungs- und Gesundheitsfragen, verlässliche Hilfestellungen zum wirtschaftlichen und finanziellen Verbraucherschutz und vieles mehr.



Das Anliegen dieser Seite ist es, neutral, unabhängig und praxisorientiert zu informieren und dem Nutzer somit den Verbraucheralltag zu erleichtern.

Dabei arbeitet die Seite mit Partnern aus dem behördlichen Verbraucherschutz zusammen, vor allem mit dem Landesbetrieb Hessisches Landeslabor, aber auch mit hessischen Verbraucherschutzorganisationen, wie etwa der Verbraucherzentrale Hessen.

In den Rubriken Gesundheit & Soziales, Ernährung & Lebensmittel, Finanzen & Recht, Umwelt & Technologie und Jugend werden nützliche Tipps und wichtige Anlaufstellen für den Endverbraucher präsentiert und erläutert.

Die Seite bietet unter anderem aber auch einen groß angelegten Beikost-Rechner (Als Beikost werden alle Lebensmittel und Zubereitungen bezeichnet, die für Säuglinge etwa ab dem zweiten Lebenshalbjahr geeignet sind und die als Ergänzung der Milchmahlkost dienen, um die Umstellung auf feste Nahrung vorzubereiten), der Eltern in der gesunden und sicheren Ernährung ihrer Kleinsten unterstützen soll.

www.hessen-nachhaltig.de

Mit Ideenreichtum, Kreativität und Wissen soll eine sozial- und umweltgerechte Lebensqualität für diese und für kommende Generationen in Hessen gestaltet werden. Die Hessische Politik übernimmt parteiübergreifend Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung des Landes mit dem Ziel, ein gesundes und erfülltes Leben in einer intakten Umwelt und Gesellschaft zu ermöglichen.

Weil Nachhaltigkeit alle betrifft, liegt sie in der gemeinsamen Verantwortung von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie baut auf Engagement und aktive Beteiligung im ganzen Land.

Den Kern der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen sollen Projekte bilden, die umsetzungsorientiert arbeiten und konkrete Ergebnisse liefern. Alle Aktivitäten und Projekte werden unter dem gemeinsamen Dach der Nachhaltigkeitsstrategie gebündelt und vernetzt. Ein kontinuierliches Monitoring soll den Erfolg der Arbeit überprüfen.

Hierzu bietet die Seite eine groß angelegte Online-Befragung. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, ihre Meinungen einzubringen. Dabei werden in einem ersten Schritt die Schwerpunkte der Nachhaltigkeits-Strategie in Hessen diskutiert.



Die Seite informiert über die Strukturen des Arbeitsprozesses, anstehende Termine aller Gremien, die am Prozess teilnehmen, über aktuelle Ergebnisse des Projektes sowie erste Ergebnisse der Arbeitsgruppen.

Praxiswissen für Kommunalpolitiker

Wer ein neues Mandat antritt oder bereits erfolgreich „im Amt“ steht, sieht sich ständig mit neuen Praxisfragen konfrontiert. Dieses Werk hat sich dabei als ebenso schneller wie kompetenter Praxishelfer bereits zigtausendfach bewährt.

Die Neuauflage trägt den zahlreichen und gravierenden rechtlichen Änderungen Rechnung – allen voran den Novellierungen des Baurechts (BauGB und -top-aktuell - BayBO) sowie des Vergaberechts, die Tarifreform und die Unternehmenssteuerreform. Die Herausgeber stehen dafür, dass dieser Anspruch in Wort und Bild tatsächlich durchgängig umgesetzt wird. Die zusätzlichen Themen der Neuauflage machen dies deutlich: So beschäftigt sich z.B. Dr. Uwe Brandl, 1. Bürgermeister der Stadt Abensberg und Präsident des Bayerischen Gemeindetags, ausführlich mit

dem immer gewichtigeren Thema Internet. Verwaltungsabläufe, organisatorische und technische Belange werden ebenso behandelt wie die Bedeutung in der Innen- und Außenwirkung. Jeder Beitrag im Werk wird zudem durch entsprechende Online-Links abgerundet, eine gebündelte Link-Liste ist ebenso enthalten. Weitere „neue“ bzw. aktualisierte Themen sind u.a.: Spenden/Nebentätigkeit/Sponsoring, Tourismus, Bürgerschaftliches Engagement, Doppl/Kameralistik und Konnexität.

Das Buch ist im Verlag Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg, erschienen und kostet 18,60 Euro. Es kann unter www.huethig-jehle-rehm.de bestellt werden. (ISBN 978-3-7825-0516-1)



Kommunal-Lexikon

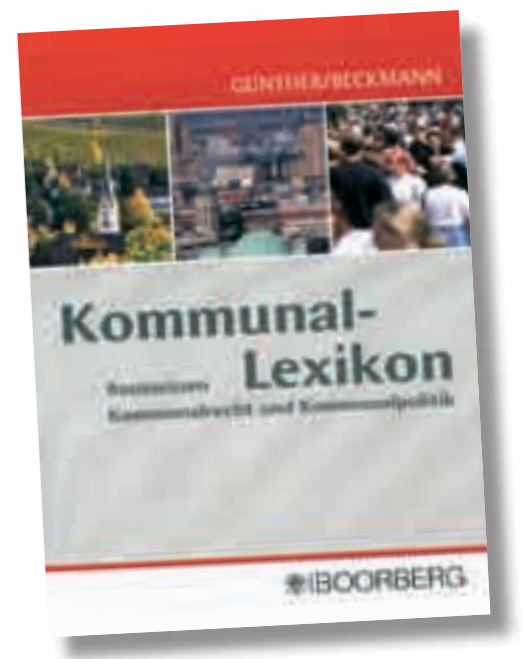
Basiswissen Kommunalrecht und Kommunalpolitik

Das Kommunal-Lexikon bietet all denjenigen Hilfestellung, die sich mit den vielfältigen Fragen der lokalen Demokratie und Verwaltung befassen. Das Nachschlagewerk enthält die wichtigsten Begriffe, die für das Verständnis von Kommunalpolitik und kommunalem Verwaltungshandeln von Bedeutung sind: vom Haushalt der Gemeinden über das Gemeinderatsmitglied und den Bürgermeister bis zu den Themen Bürgerbegehren und Steuern der Kommunen. Jeder Fachbegriff und jedes Themenfeld, das in diesem Lexikon aufgegriffen wird, ist dank einer lexikalischen Strukturierung schnell auffindbar. Diese Darstellung ermöglicht eine schnelle, erste Orientierung und somit ein schnelles Zurechtfinden.

Durch die ausführliche Erläuterung bestimmter, besonders bedeutsamer Begriffe erhalten die Leser darüber hinaus einen gründlichen Einblick in das kommunale Geschehen insgesamt.

Dementsprechend wendet sich dieses Lexikon sowohl an Führungskräfte und Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen als auch an Kommunalpolitiker, Studenten und interessierte Bürger, die ihr Fachwissen im Bereich der Kommunalpolitik vertiefen, ausbauen oder auffrischen wollen.

Das Buch ist im Boorberg Verlag, Stuttgart, erschienen und kostet 12,80 Euro. Es kann unter www.boorberg.de bestellt werden (ISBN 978-3-415-04016-8).



*Erfahrung vermitteln,
Kompetenz schaffen!*



*Informations-, Bildungs-,
und Beratungswerk e.V.*



Informations-, B

